



www.laender-analysen.de/ukraine

**GASTRANSIT
QUO VADIS, UKRAINE?
MENSCHENRECHTE
DESINFORMATIONSGESETZ**

■ ANALYSE	
Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit Von Szymon Kardaś, Wojciech Konończuk (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)	2
■ KOMMENTAR	
2020 wird geprägt sein von Versprechungen und Versuchungen Von Gerhard Simon, Köln	5
Umgang mit der »PrivatBank« wird der Lackmustest sein Von Iryna Solonenko, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin	6
Selenskyjs »integrativer Populismus« Von Oleksii Viedrov, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen	7
■ DOKUMENTATION	
Human Rights Watch: World Report 2020	9
■ DOKUMENTATION	
Stellungnahme von Reporter ohne Grenzen zum Gesetzesentwurf »Über Desinformation«	12
■ CHRONIK	
10. Dezember 2019 – 24. Januar 2020	14

Vorübergehende Stabilisierung: Der russisch-ukrainische Vertrag zum Gastransit

Von Szymon Kardaś, Wojciech Konończuk (Zentrum für Oststudien – OSW, Warschau)

Zusammenfassung

Nach viertägigen Verhandlungen wurde am 30. Dezember 2019 ein Vertrag über den Transit von russischem Gas durch die Ukraine unterzeichnet. Gazprom verpflichtete sich durch den Transitvertrag, im ersten Jahr 65 Milliarden Kubikmeter Erdgas und in den Folgejahren 40 Milliarden Kubikmeter nach Maßgabe der *Ship-or-pay*-Formel zu transportieren. Beide Seiten haben den Vertrag zu diesem Gaspaket als Kompromiss bewertet, wobei die meisten Bestimmungen als Erfolg für die Ukraine betrachtet werden können. Gazprom war zu Zugeständnissen genötigt, weil der Konzern ohne einen Vertrag nicht in der Lage gewesen wäre, seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Kunden in Europa nachzukommen. Die Verhandlungen – mit der Europäischen Kommission als Vermittler – waren angesichts der fundamental unterschiedlichen Interessen der beiden Seiten langwierig und hart. Die Ukraine wollte ihren Status als wichtiges Transitland behalten, während Russland mit dem Bau der Pipelines TurkStream und Nord Stream 2 bereits beträchtliche Anstrengungen unternommen hatte, um seine Abhängigkeit von ukrainischen Pipelines mehr und mehr zu verringern. Der Kompromiss wird zu einem neuen Modell der Transitzusammenarbeit zwischen den beiden Seiten führen, was die Stabilität in diesem Bereich bis 2024 gewährleisten dürfte.

Die erwarteten langwierigen Verhandlungen und ihr Kontext

Das Übereinkommen ist Ergebnis mühsamer Verhandlungen, die fast anderthalb Jahre andauerten. Das war zu Beginn des Prozesses erwartet worden. Die Unterredungen wurden vorwiegend in einem trilateralen Format abgehalten (Russland – Ukraine – Europäische Union). Ein Teil der Sitzungen erfolgte auf politischer und technischer Ebene. In der Endphase der Verhandlungen gab es bilaterale Begegnungen von Vertretern der ukrainischen und der russischen Seite. Deutschland war ebenfalls an dem Verhandlungsprozess beteiligt. In Berlin fanden zwei der fünf trilateralen Gesprächsrunden statt. Darüber hinaus ernannte die deutsche Regierung im August 2019 einen Sonderbeauftragten für den Ukraine-Gastransit. Diese Fragen wurden zudem regelmäßig in Telefongesprächen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erörtert. Der Verhandlungsprozess wurde in der Endphase vor allem dank eines Treffens der Regierungs- oder Staatschefs der Ukraine, Russlands, Frankreichs und Deutschlands beschleunigt. Dieses Treffen im Normandie-Format hatte vor allem eine Lösung für den Konflikt im Donbas finden sollen und fand am 9. Dezember 2019 in Berlin statt.

Es war erwartet worden, dass der Verhandlungsprozess aufgrund der sich rapide ändernden politischen Situation langwierig werden würde. Zum einen waren die Stillstände dem politischen Kalender der Ukraine geschuldet und hier vor allem den Präsidentschaftswahlen im April und den Parlamentswahlen im Juli. Die russische Seite hatte mehrmals klargestellt, dass eine Übereinkunft zu Gasfragen erst dann erreicht werden könne, wenn diese

Wahlen abgeschlossen sind. Ein weiterer wichtiger Faktor waren die Fortschritte bei der Umsetzung russischer Pipelineprojekte, die verfolgt werden, um die Abhängigkeit von der Transitroute durch die Ukraine zu verringern (TurkStream und Nord Stream 2). Schließlich schufen die US-Sanktionen gegen Firmen, die am Bau von Nord Stream 2 beteiligt sind (US-Präsident Donald Trump hatte sie am 20. Dezember 2019 genehmigt), einen wichtigen Kontext für die Endphase der Verhandlungen, indem er die Bauarbeiten dort aufhielt. Hinzu kam, dass sowohl die Ukraine wie auch europäische Abnehmer von russischem Gas ihre Reserven in den Gasspeichern aufstockten, weil sie eine neue Gaskrise befürchteten, falls kein Vertrag unterzeichnet werden würde.

Worin besteht das Übereinkommen?

Die Abkommen, die von den beiden Seiten unterzeichnet wurden, liefern eine Lösung für zentrale Streitpunkte bei der russisch-ukrainischen Zusammenarbeit im Gasbereich.

Zum einen unterzeichneten Naftohas und Gazprom einen Fünfjahresvertrag über den Transit von russischem Gas über ukrainisches Gebiet. Der Vertrag sieht folgende Transitvolumina vor: 65 Milliarden Kubikmeter Gas 2020 und jährlich 40 Milliarden Kubikmeter in den darauffolgenden vier Jahren. Die ukrainische Seite verkündete, die Lieferungen würden gemäß der *Ship-or-pay*-Formel erfolgen (diese Formel verpflichtet Gazprom, für den Transport der vereinbarten Gasmenge zu zahlen, ungeachtet des tatsächlichen Volumens). Darüber hinaus sieht das Protokoll vom 20. Dezember die Möglichkeit vor, den Vertrag um zehn weitere Jahre zu verlängern (2025 – 2034). Gleichzeitig unterzeichnete das russische Unter-

nehmen ein Zusammenschaltungsabkommen mit dem ukrainischen Gastransportsystembetreiber OGTSU. Im gleichen Zug unterzeichnete OGTSU ein entsprechendes Abkommen mit dem slowakischen Betreiber Eustream.

Zweitens zahlte Gazprom die geschuldeten 2,92 Milliarden US-Dollar an Naftohas, wie in den abschließenden Schiedssprüchen vom Dezember 2017 (über den russisch-ukrainischen Liefervertrag) und vom Februar 2018 (zum Transitvertrag) durch das Stockholmer Schiedsgericht (Schiedsgerichtsinstitut der Stockholmer Handelskammer) festgelegt worden war. Darüber hinaus sind sowohl Naftohas, als auch Gazprom dazu verpflichtet, sich aus den neuen Schiedsverfahren zurückzuziehen, die 2018 – 2019 angestrengt wurden. Das betrifft insbesondere die ukrainische Klage vom Juli 2018 zu Schäden im Umfang von rund 12,3 Milliarden US-Dollar aufgrund potenzieller Verluste, falls Gazprom den Gastransit durch die Ukraine wegen der geplanten Eröffnung alternativer Transportrouten unterbricht. Gazprom zog seinerseits seine Berufungsanträge gegen die abschließenden Schiedssprüche zurück. Auch Kiew beschloss, seine Klagen zurückzunehmen, die sich aus der Entscheidung der nationalen Kartellbehörde ergeben hatten. Diese hatte im Januar 2016 Gazprom mit einer Strafzahlung von rund 7,3 Milliarden US-Dollar belegt, weil das Unternehmen seine beherrschende Stellung auf dem ukrainischen Markt missbraucht habe. Als Teil der Abmachung willigte auch Naftohas ein, von einer weiteren Durchsetzung des Verfahrens gegen Aktiva von Gazprom in der Schweiz, Luxemburg, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich abzusehen.

Worüber noch keine Klarheit besteht, ist der Tarif für den Transit (2019 hatte Gazprom noch 2,61 US-Dollar pro 1.000 m³ für eine Transportstrecke von 100 km berechnet). Den Bestimmungen des Protokolls vom 20. Dezember zufolge soll sich der Gebührentarif am Wettbewerb orientieren und den Tarifen in Mittel- und Westeuropa entsprechen. Die russische Seite verwies bei den Verhandlungen mehrfach darauf, dass eine Fortführung des Transits durch die Ukraine für Gazprom kostengünstig sein müsse, also billiger als der Transport über alternative Routen. Weiterhin lässt sich aus den Stellungnahmen der Direktoren von Naftohas schließen, dass bei einem potenziell zusätzlichen Transitvolumen ein höherer Tarif zur Anwendung kommt.

Folgen für die Ukraine

Es ist der ukrainischen Seite gelungen, bis 2024 eine Garantie über nahezu die Hälfte des gegenwärtigen Transportvolumens von russischem Gas zu erlangen. Das muss zwar als Erfolg betrachtet werden, doch werden die Einnahmen dennoch beträchtlich zurückgehen (ukrainischen Quellen zufolge werden sie in den kom-

menden fünf Jahren insgesamt mindestens 7,2 Milliarden US-Dollar betragen). Eines der zentralen Ziele der Ukraine war es, so lang wie möglich ein möglichst großes Volumen an russischen Gastransporten in den Westen aufrecht zu erhalten (2018 waren es 86,8 Mrd. m³ und 2019 bis zum 29. Dezember 89,1 Mrd.), weil dies bisher Einnahmen von jährlich rund 3 Milliarden US-Dollar bedeutet hat. Im gleichen Sinne hatte die Europäische Kommission im Januar 2019 ihren ursprünglichen Vorschlag unterbreitet, der einen Vertrag über zehn Jahre vorsah, bei einem Volumen von mindestens 60 Milliarden Kubikmetern jährlich.

Andererseits könnte das Volumen der Gastransporte ohne einen Vertrag, und nachdem die beiden Stränge von TurkStream (2020) und von Nord Stream 2 (Ende 2020) in Betrieb gegangen sind, nahezu auf null sinken, falls es Gazprom gelingt, die neuen Pipelines voll einzusetzen und die Nachfrage nach russischem Gas auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt. Somit wird der jüngst unterzeichnete Vertrag die Nutzung des ukrainischen Gaspipelinesystems um mindestens fünf Jahre verlängern, mit einem garantierten Volumen von 40 Milliarden Kubikmetern, also der Mindestmenge, die nach ukrainischen Berechnungen notwendig ist, damit das System profitabel bleibt. Gleichzeitig liefert der Vertrag keine Garantie, dass Gazprom nach 2024 weiterhin Gas durch ukrainische Pipelines transportieren wird. Eine Unterbrechung russischer Gastransporte würde eine Stilllegung beträchtlicher Teile des Systems notwendig machen. Wichtig ist, dass die vereinbarten Bedingungen der Ukraine Zeit verschaffen, sich hierauf vorzubereiten und die Größe des Transportsystems an den Bedarf in der Ukraine selbst anzupassen.

Als ukrainischer Erfolg ist auch zu werten, dass Gazprom genötigt wurde, aufgrund der Entscheidung des Schiedsgerichts 2,9 Milliarden US-Dollar Entschädigung zu zahlen, was eine erhebliche Unterstützung für den ukrainischen Haushalt darstellt.

In den neuen Bestimmungen zur Zusammenarbeit, die nach Verhandlungen mit Gazprom festgelegt wurden, werden zwei ukrainische Unternehmen aufgeführt, Naftohas und OGTSU. Zuerst unterzeichnete der russische Konzern einen Vertrag mit Naftohas als »Organisator des Gastransports«, der mit OGTSU Transportkapazitäten im Gaspipelinesystem vorhalten wird. Das unmittelbare Funktionieren des Transits wird von OGTSU übernommen, das ebenfalls einen Vertrag mit Gazprom unterzeichnen wird. Die russische Seite wird die Transitgebühren auf der Grundlage eines zuvor auszuhandelnden Tarifs an Naftohas zahlen. Naftohas wiederum wird diese mit dem Betreiber abrechnen. Es ist unklar, wie dieses Modell in der Praxis funktionieren wird. Russischen Verlautbarungen zufolge ist es

Gazprom gewesen, das auf dieses Modell gedrungen hatte, damit Naftohas, das im Grunde zu einem Makler geworden ist, die Risiken übernimmt, die mit dem Betrieb des ukrainischen Gaspipelinesystems verknüpft sind, sobald dessen Entflechtung abgeschlossen ist. Das neue System scheint allerdings auch für Naftohas günstig zu sein, das einen Teil der Gewinne aus dem Transit einbehalten wird. Die hatten bisher fast die Hälfte seiner Gesamteinnahmen ausgemacht.

Russische Zugeständnisse und Vorteile

Aus den Bestimmungen des Vertrages geht hervor, dass es die russische Seite war, die in der Endphase der Verhandlungen mehr Zugeständnisse machte. Ein fehlender Vertrag hätte Gazprom daran gehindert, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber einer ganzen Reihe europäischer Abnehmer zu erfüllen. Das wiederum hätte nicht nur beträchtliche Imageverluste, sondern auch wirtschaftlichen Schaden mit sich gebracht.

Zum einen hat Moskau de facto anerkannt, dass Gazprom gegenüber Naftohas per Schiedsspruch Schulden hat, auch wenn Vertreter der russischen Seite in früheren Phasen der Verhandlungen mehrfach betont hatten, dass Russland nur dann in einen neuen Vertrag einwilligen werde, wenn die Ukraine ihre Klage beim Schiedsgericht zurücknimmt. So lautete auch der offizielle Standpunkt in der letzten öffentlichen Version der Bestimmungen eines neuen Abkommens, wie sie von Gazprom am 25. November 2019 veröffentlicht wurden.

Zweitens hatte Moskau darauf bestanden, dass der Abschluss eines neuen Transitvertrages von der Unterzeichnung eines Vertrags über russische Gaslieferungen an die Ukraine begleitet werden müsse. Diese Vorbedingung war erstmals im Laufe der trilateralen Unterredungen im Januar 2019 gestellt worden. Das unterzeichnete Protokoll enthält keinerlei Bestimmungen, die hierzu verpflichten würden. Es ist lediglich vorgesehen, dass die Unterzeichnung eines solchen Vertrages möglich ist, wenn die Seiten daran interessiert sind.

Drittens unterscheiden sich die Grundparameter des neuen Transitvertrages von denen, die die russische Seite vorgeschlagen hatte. In der letzten Phase der Verhandlungen hatte Gazprom eine Erneuerung des laufenden Transitvertrages oder aber den Abschluss eines neuen Vertrages mit einer Laufzeit von einem Jahr vorgeschlagen. Was das Volumen anbelangt, so hatten die Vertreter von Gazprom im April 2018 erklärt, es sei möglich, ein Abkommen über ein Transportvolumen von 10–15 Milliarden Kubikmeter Gas zu unterzeichnen.

Die Verträge enthalten allerdings auch Lösungen, die für Moskau günstig sind. Das Mindestvolumen für den Gastransit durch die Ukraine stellt für Gazprom keine Belastung dar, auch wenn sie die *Ship-or-pay*-Klau-

sel und somit ein Zugeständnis enthalten (das Protokoll vom 20. Dezember hatte dies nicht enthalten). Der russische Konzern hätte das ukrainische Pipelinennetz die nächsten Jahre in jedem Fall benutzen müssen, um die vertraglichen Verpflichtungen gegenüber europäischen Kunden zu erfüllen. Die Eröffnung der TurkStream-Pipeline im Januar 2020 erlaubt es Gazprom, nur relativ geringe Mengen des Gases, das derzeit durch die Ukraine transportiert wird, über die Türkei, Bulgarien, Nordmazedonien und Griechenland umzuleiten. Der Zeitpunkt für die Eröffnung und der Umfang der Lieferungen durch die Nord Stream 2-Pipeline ist bislang nicht bekannt, da sich der Abschluss des Projekts durch die US-Sanktionen verzögert. Darüber hinaus wird auch nach der Inbetriebnahme die kommerzielle Nutzung Beschränkungen unterworfen sein, die sich aus der im April 2019 verabschiedeten Änderung der EU-Gasrichtlinie ergeben. Hinzu kommt, dass durch den Urteilsspruch des Europäischen Gerichtshofes vom September, der den Beschluss der Europäischen Kommission zur OPAL-Pipeline für ungültig erklärt, Gazprom gezwungen ist, den Umfang der Gastransporte durch die Nord Stream 1-Pipeline zu reduzieren. Gleichzeitig bleibt Gazprom wegen der fehlenden Verpflichtung, den Vertrag nach 2024 erneuern zu müssen, flexibel und kann seine Politik mittel- und langfristige entwickeln.

Wie geht es weiter?

Das Protokoll vom 20. Dezember ist zwar ein politisches Dokument, das keine rechtliche Bindung bedeutet, doch haben beide Seiten ihren Willen manifestiert, die Bestimmungen umzusetzen, wofür das Paket der unterzeichneten Abkommen ein Beleg ist (die Unterzeichnung erfolgte in Bezug auf den im Protokoll enthaltenen Zeitplan mit nur einem Tag Verspätung). Es ist sehr wohl möglich, dass das neue Modell für die Zusammenarbeit im Gasbereich bis Ende 2024 funktionieren wird. Wenn die Nachfrage nach russischem Gas in Europa auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt, könnte der Umfang des Gastransits durch die Ukraine in den kommenden Jahren sogar höher sein als im Vertrag vorgesehen. Es ist nämlich unklar, ob Gazprom die alternativen Pipelinerouten mit voller Kapazität nutzen können. Die russischen Pläne, die Nutzung ukrainischer Pipelines zu stoppen, sind zwar um fünf Jahre aufgeschoben worden, doch bleibt unklar, ob die Ukraine ihre Bedeutung als Transitland nach 2024 behaupten können.

*Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder
Die Analyse erschien zuerst in den Russland-Analysen
380 vom 27.01.2020*

Informationen über die Autoren und einen Lesetipp finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autoren

Szymon Kardaś ist Senior Fellow in der Russlandabteilung des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau. Wojciech Konończuk ist Leiter der Abteilung für die Ukraine, Belarus und Moldau des Zentrums für Oststudien (OSW) in Warschau.

Lesetipp

- Eyl-Mazzega, Marc-Antoine: Das neue russisch-ukrainische Gasabkommen, in: German Economic Team, Newsletter 135, Januar 2020, https://www.german-economic-team.com/ukraine/wp-content/uploads/sites/7/GET_UKR_NL_135_2020_de.pdf
- Kardaś, S.; A. Łoskot-Strachota, S. Matuszak: A 'last-minute' transit contract? Russia-Ukraine-EU gas talks [= OSW Commentary Nr. 291], 25.01.2019, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2019-01-25/a-last-minute-transit-contract-russia-ukraine-eu-gas-talks>

KOMMENTAR

2020 wird geprägt sein von Versprechungen und Versuchungen

Von Gerhard Simon, Köln

Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der Ukraine im vergangenen Jahr haben die Wähler die bisherige politische Klasse weggefegt und neue Frauen und Männer an die Schaltstellen von Regierung und Parlament befördert. Ihr Enthusiasmus und der Wille zur Macht sind ebenso offensichtlich wie ihr Dilettantismus und ihre Naivität. Alles im Land soll anders und natürlich besser werden: Wirtschaftswachstum und Wohlstand, Ausrottung der Korruption und Frieden mit Russland. Die Ukraine wird vom ärmsten zum führenden Land in Osteuropa aufsteigen, wie Präsident Wolodymyr Selenskyj vor wenigen Tagen beim Weltwirtschaftsgipfel in Davos ankündigte. Das alles klingt bekannt und vertraut: 2004/5 war von der »Orangen Revolution« in der Ukraine die Rede, 2014 folgte die »Revolution der Würde« und jetzt also führen Selenskyjs »Diener des Volkes« das Land in die lichte Zukunft.

Die Wirtschaft

Ein nüchterner Blick mahnt zur Zurückhaltung. Vom angekündigten Wachstum des BIP um 40 Prozent in den kommenden fünf Jahren ist bislang nichts zu erkennen; vielmehr ist die Industrieproduktion 2019 gegenüber dem Vorjahr um zwei Prozent zurückgegangen. Die notwendige Privatisierung notleidender Staatsbetriebe kommt nicht voran. Die Machtstellung der Oligarchen ist ungebrochen. Ihor Kolomojczyk, der politische Ziehvater des jetzigen Präsidenten, besteht vor Gericht auf der Restitution seiner »PrivatBank«, die nach

seiner Meinung unrechtmäßig enteignet worden ist. Von der Konsolidierung des Bankensektors hängt die weitere Zusammenarbeit des IWF mit der Ukraine ab.

Frieden im Donbas?

Der Frieden im Osten der Ukraine liegt offenbar in weiter Ferne, obwohl es nach sechs Jahren russischer Aggression große Sehnsucht nach Frieden gibt. Aber die neue Führung hat bislang keine nachhaltigen Fortschritte auch nur in Richtung auf einen Waffenstillstand zustande gebracht. Dabei ist die Selenskyj-Mannschaft den russischen Forderungen beim Gefangenen austausch und beim Rückzug der Waffen weit entgegengekommen. Aber Frieden wird es nicht geben, solange der Kreml keinen Frieden will. Während die neue ukrainische Führung offenbar glaubt, Russland sei wie sie selbst an Konsolidierung und Ausgleich interessiert, sieht der Kreml im Krieg im Donbas das zentrale Instrument zur Destabilisierung der Ukraine. Russland erkennt die Ukraine nicht als selbständigen Staat an, es sieht in der Existenz der Ukraine vielmehr eine Bedrohung für sich.

Versuchungen der Macht

Die neue Führung in Kiew hat die Macht vor einem halben Jahr mit erheblichen Vorschusslorbeeren übernommen: der Präsident wurde mit beinahe einer Dreiviertelmehrheit gewählt; im Parlament hat seine Partei eine satte absolute Mehrheit. Eben dieser »glänzende« Start wird jetzt zum Problem und zur Versuchung.

Nicht nur die Opposition im Parlament ist marginalisiert, die neue Mehrheit rühmt sich, auf Prozeduren keine Rücksicht nehmen zu müssen. Parlamentspräsident Dmytro Rasumkow stellte fest, wenn das Parlament die Geschäftsordnung eingehalten hätte, dann hätte es nicht einmal ein Viertel der Gesetze verabschieden können, die tatsächlich verabschiedet wurden. Es gibt kein Verständnis dafür, dass Demokratie wesentlich auf Verfahren beruht. Auch ist nicht zu erkennen, wie die Justiz die Manipulationen durch das »Turboregime«, wie sich die neue Regierung selbstbewusst nennt, unter Kontrolle bringen könnte.

»Die Ukraine lieben, heißt alle Ukrainer lieben«, konstatierte Selenskyj in seiner Neujahrsbotschaft,

Über den Autor

Prof. em. Dr. Gerhard Simon ist Historiker. Er war Leitender Wissenschaftlicher Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln und lehrte an den Universitäten Köln und Bonn.

Umgang mit der »PrivatBank« wird der Lackmuestest sein

Von Iryna Solonenko, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

2020 ist ein Jahr voller Hoffnungen, aber auch Verunsicherungen in der Ukraine. Ende 2019 waren 44 Prozent der Menschen (laut einer Umfrage von DIF) der Meinung, dass die Entwicklungen im Land in die richtige Richtung gehen. Zum Vergleich: Ende 2018 waren 70 Prozent der gegenteiligen Meinung, während nur 18 Prozent positive Erwartungen äußerten.

Die Ergebnisse der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 in der Ukraine waren ein Ausdruck der Frustration über die etablierte ukrainische Politik, weshalb die Menschen mehrheitlich Politiker ohne politische Erfahrung gewählt haben. Zuerst gewann der Komiker Wolodymyr Selenskyj mit 73,22 Prozent der abgegebenen Stimmen die Präsidentschaftswahlen im April 2019. Im Juli 2019 holte seine Partei »Diener des Volkes« bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit und verfügt über 247 der 423 Sitze im Parlament.

Die Frage, ob Selenskyj seinen Vertrauenskredit und seine Macht nutzt, um Reformprozesse im Land zu beschleunigen oder andere, nicht ausgesprochene, Ziele verfolgt, bleibt bis jetzt offen. Anscheinend verfolgen Selenskyj und sein Team keine klare Strategie, sondern agieren intuitiv und in der Hoffnung, durch populäre Maßnahmen die Unterstützung der Bevölkerung zu sichern. Zumindest bis zu den Lokalwahlen im Herbst dieses Jahres möchte Selenskyj weiterhin hoch in der Wählergunst stehen.

ganz gleich ob sie »Patrioten sind, Kleinrussen, Wattejacken-Träger [Watniki, kritisch-sarkastischer Begriff für Anhänger prorussischer Positionen, Anm. d. Red.] oder Anhänger von Bandera«. Diese erstaunlich großzügige Inklusivität kontrastiert allerdings damit, dass die Vorgängerregierung unter Generalverdacht steht: Gegen den ehemaligen Präsidenten Poroschenko sind mehrere Verfahren wegen Hochverrat anhängig, unter anderem weil er die Minsker Vereinbarungen unterzeichnet hat. Es würde die Ukraine ein gutes Stück auf den Weg in die europäische Normalität zurückführen, wenn diese Verfahren möglichst umgehend eingestellt würden.

Zum Beispiel hat Selenskyj viel Zuspruch dafür erhalten, dass ihm 2019 gleich zwei Mal ein Gefangenenaustausch mit Russland gelang, wodurch Dutzende ukrainische Gefangene aus Russland und aus den okkupierten Gebieten in der Ostukraine zurückkehren konnten. Dass der Normandie-Gipfel im Dezember 2019 als erstes solches Treffen seit drei Jahren stattfand, kann man auch zu Selenskyjs Erfolgen zählen.

Der innenpolitische Kurs Selenskyjs ist bisher ambivalent. Der Sieg von Selenskyj und seiner Partei haben zu einer starken Machtkonzentration geführt und den Präsidenten zum Zentrum des politischen Systems gemacht. Dass das Parlament zukünftig eine geringere Rolle spielen würde, wurde bereits klar, als Selenskyjs Partei »Diener des Volkes« in den Parlamentswahlen genug Mandate erhielt, um auch ohne die Stimmen der anderen Parteien beschlussfähig zu sein. Dazu muss gesagt werden, dass es diese Partei zuvor nicht gab und sie ein »künstliches« Produkt des Präsidenten und seines nahen Umfelds ist. Viele Abgeordnete wurden nur deshalb gewählt, weil sie unter der Marke »Diener des Volkes« kandidierten.

Das »technokratische« Kabinett Hontscharuk, das am 29. August 2019 vom Parlament formell bestätigt wurde, wurde von Selenskyj persönlich ausgewählt unter der klaren Bedingung, dass diese Regierung keine unabhängigen politischen Ambitionen verfolgt, son-

den Willen des Präsidenten erfüllt. Die jüngste politische Eskapade mit Hontscharuks vermeintlichem Rücktrittsgesuch glich eher einer politischen Farce und offenbarte einmal mehr die schwache Rolle des Parlaments. Denn sein Rücktrittsgesuch richtete Hontscharuk nicht wie in der Verfassung vorgesehen an das Parlament, sondern an Selenskyj – eine klare Missachtung der Prinzipien der parlamentarischen Demokratie und deren Regeln. Diese werden übrigens auch immer wieder missachtet, weil die Abgeordneten Beschlüsse im Eilverfahren (bekannt als »Turboregime«) fassen, um schnelle Ergebnisse zu erzielen. Selbst bei wichtigen Themen bleibt für ausreichende Debatten keine Zeit.

Andererseits ist es dem Parlament gelungen, Gesetze zu verabschieden, die längst überfällig waren. So zum Beispiel die neue Wahlordnung, für die die Zivilgesellschaft zuvor acht Jahre lang gekämpft hatte, und die schließlich am 19. Dezember 2019 verabschiedet wurde.

Da viele innenpolitischen Reformprozesse erst eingeleitet wurden, es ist noch zu früh, sie zum aktuellen Zeitpunkt zu bewerten. Die junge, professionelle und korruptionsfreie Regierung kann jedoch bereits als ein Erfolg von Selenskyjs Team angesehen werden. Gleichzeitig zeigt Hontscharuks Rücktrittsgesuch, dass hin-

ter den Kulissen weiterhin mächtige Interessengruppen agieren, die um ihren (ungerechtfertigten) Zugang zu staatlichen Ressourcen fürchten.

Mehrere entscheidende Prüfungen für Selenskyj stehen weiterhin bevor. Wichtige Reformen, wie die Korruptionsbekämpfung, die Reform der Justiz und der Staatsanwaltschaft, werden von den internationalen Partnern der Ukraine erwartet. Selenskyjs Team muss auf diesen Gebieten Fortschritte liefern, um weitere Milliardenkredite des IWF und weiterer Geldgeber zu erhalten. Außerdem fordern die Kreditgeber die Reform des Bodenmarktes, die Finalisierung der Zoll- und Steuerreform. Der Lackmустest wird jedoch ein Gesetz sein, das die Rückgabe der unter Poroschenko verstaatlichten »PrivatBank« an die ehemaligen Eigentümer, darunter dem Oligarchen Ihor Kolomojskyj, verbietet. Seit die »PrivatBank« 2016 nationalisiert wurde, kämpft Kolomojskyj um die Kontrolle über die Bank oder eine milliardenschwere Entschädigung. Und da Selenskyjs seinen Wahlerfolg nicht zuletzt dem Medienimperium von Kolomojskyj zu verdanken hat, wird sich an dieser Entscheidung zeigen, wie ernst Selenskyj es mit der Bekämpfung der Korruption und der Oligarchie wirklich meint.

Über die Autorin

Iryna Solonenko ist Associate Fellow am Robert Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der DGAP und forscht an der Europa Universität Viadrina. Sie beschäftigt sich mit der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der postsowjetischen Transformation, insbesondere der Verbindung zwischen politischer Macht und oligarchischer Kontrolle.

Selenskyjs »integrativer Populismus«

Von Oleksii Viedrov, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Trotz der Meinungsumfragen, die bereits im Januar 2019 Selenskyjs Wahlsieg prognostizierten, kam die Wahl eines Komikers und politischen Außenseiters für viele politische Beobachter unerwartet und es wurde nach Erklärungen für das historische Ergebnis von Selenskyj gesucht. Diese Tatsache wirft einen Blick auf eine tiefe gesellschaftliche Kluft in der Ukraine: Auf der einen Seite die breite Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung, auf der anderen die elitären universitären, medialen und politischen Milieus, die Selenskyj mit Skepsis beäugten. Nicht nur aus Umfragen, sondern auch aus vielen Gesprächen wurde schnell klar, wie groß in der breiten Gesellschaft die Ablehnung der politischen Eliten und des herrschenden Diskurses war, für die allen voran Präsident Poroschenko stand. Selenskyjs

Wahl lässt sich daher sicherlich durch den Wunsch erklären, die »alten Eliten« von der politischen Szene wegzufegen. Doch es gab auch weitere Gründe für seine Wahl, die durchaus nachvollziehbar sind, aber bisher wenig thematisiert wurden.

Eine wichtige Rolle spielten Identitätsfragen. Seit 2014 und vor allem nach 2016 entstanden immer neue, scharfe Konfliktlinien in der ukrainischen Gesellschaft, da sich immer größere gesellschaftliche Gruppen ausgegrenzt fühlten: Zunächst prorussische Bürger, Maidan-Gegner sowie Kommunisten, später ein wesentlicher Teil der russischsprachigen Bevölkerung, der die aktuelle Sprachpolitik ablehnte, und Mitglieder der Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Jüngst kamen einige ethnische Minderheiten hinzu, wie z. B.

Ungarn oder Rumänen, die sich aufgrund der Bildungs- und Sprachpolitik diskriminiert fühlen. In den Augen dieser Gruppen ist der Staat in ihre Lebenswelt eingedrungen und hat ihre Mitbestimmungsrechte ausgehöhlt. Dieses Gefühl wurde verstärkt und zugespitzt durch die nationalkonservative Wahlkampagne Poroschenkos, der auf »Armee, Glaube, Sprache« setzte. Man kann Menschen, die sich nicht als gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt fühlen, durchaus verstehen, wenn sie an der Wahlurne gegen die politischen Kräfte stimmen, die in ihren Augen für diese Ausgrenzung verantwortlich sind.

Selenskyj punktete in diesen Gruppen durch seine inklusive Rhetorik. Seine Message bestand darin, dass die Ukraine eine multikulturelle Gesellschaft sei, in der Menschen ungeachtet ihrer kulturellen, politischen oder sonstigen Weltanschauung oder Verortung als gleich- und vollwertige Bürger anerkannt werden können und müssen. Dabei sei aber die Unabhängigkeit des Landes und das souveräne Recht auf einen selbstbestimmten innen- und außenpolitischen Kurs nicht in Zweifel zu ziehen – was unter aktuellen Umständen eine pro-europäische Orientierung bedeutet. Das mag einfach und trivial klingen, aber die etablierten politischen Kräfte kamen nicht auf die Idee, dass dieses Konzept von den Wählerinnen und Wählern honoriert würde. Die emotionale Neujahrsrede von Selenskyj, in der er trotz aller Probleme die Einheit des Landes in seiner Diversität beschwor und alle einbezog, kam in der breiten Bevölkerung gut an und bestätigte seinen integrativen Ansatz.

Über den Autor

Dr. Oleksii Viedrov ist Soziologe und Philosoph. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Soziologie sozialer Bewegungen und die Philosophie der Sozialwissenschaften. Als Gastwissenschaftler der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen forscht der Stipendiat der VolkswagenStiftung im Rahmen des Projektes »Comparing Protest Actions« zu sozialen Protesten.

Zweitens ist die Sehnsucht nach Frieden in der Bevölkerung sehr groß. Die Mehrheit der Ukrainer ist bereit, Kompromisse im Donbas zu akzeptieren, wenn auch nicht um jeden Preis. Viele sind der täglichen Kampfhandlungen und immer neuen Opfer in diesem Stellungskrieg überdrüssig und wünschen sich auch von der ukrainischen Seite mehr Initiative bei den Friedensverhandlungen. Diesen Wunsch haben die etablierten Eliten wiederum verkannt – und entweder auf eine kompromisslose »Bekämpfung der russischen Aggression« gesetzt oder aber, wie die pro-russische »Oppositionsplattform«, die bedingungslose Umsetzung des Minsker Abkommens nach Moskaus Spielregeln gefordert. Hier war ein immenses elektorales Feld zugänglich, was Selenskyj auszunutzen wusste.

Für das Wahlergebnis war dieser Kurs, den man vielleicht als »integrativen Populismus« bezeichnen könnte, von entscheidender Bedeutung. Selenskyj hat es einerseits verstanden, sein enormes symbolisches Kapital in politisches Kapital umzumünzen (der relativ populäre Kiewer Bürgermeister und ehemalige Boxer Witalij Klitschko ist ein weiteres Beispiel dafür). Und gleichzeitig thematisierte Selenskyjs Kampagne vor allem solche Probleme, die für viele Wähler außerordentlich wichtig waren, und zwar in einer Art und Weise, die den Erwartungen ebendieser Wähler entsprach, die aber von den etablierten politischen Kräften nicht aufgegriffen wurden.

Human Rights Watch: World Report 2020

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* gibt jährlich einen Bericht zur weltweiten Situation der Menschenrechte heraus. Er fasst die wichtigsten Menschenrechtsfragen in mehr als 100 Ländern und Territorien im Zeitraum von Ende 2018 bis November 2019 zusammen. Im Folgenden findet sich der Bericht zur Lage in der Ukraine.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Hostilities in eastern Ukraine entered their sixth year and continued to put civilians' lives and well-being at risk, even as absolute numbers of civilian casualties dropped. Former comedian Volodymyr Zelensky won the presidential election in May. Snap parliamentary elections in July delivered his party, Servant of the People, a single-party parliamentary majority, for the first time since Ukraine's independence. After taking office, Zelensky demonstrated commitment to carrying out anti-corruption reform and ending the armed conflict with Russia.

In 2019, environment for media in Ukraine remained unsafe. Violence by far-right groups continued.

In September, Russia and Ukraine exchanged a total of 70 prisoners. Eleven prisoners held by Russia on politically motivated charges, including Oleg Sentsov, Edem Bekirov, Pavlo Hryb, Olexander Kolchenko, Roman Sushenko, and 24 Ukrainian sailors Russia captured in the Kerch strait in 2018, were part of the swap. Another major prisoner exchange between Ukraine and Russia-backed armed groups took place in December 2019. Ukraine turned over 124 people and the armed groups released 76.

In November, Ukraine became the 100th country to endorse the Safe Schools Declaration, an international political commitment to make schools safe during times of war.

Armed Conflict

2019 saw a significant decrease in civilian casualties. The leading causes were shelling by artillery and mortars, fire from light weapons, landmines, and explosive remnants of war.

Between January and May 2019, attacks on schools on both sides of the contact line tripled compared with the same period in 2018. Throughout six years of conflict, 147 children were killed.

The government continued discriminatory policies requiring people living in Russian proxy-held areas to register as internally displaced and regularly travel to, and maintain residence in, governmental areas in order to access social benefits. This continued to create hardship for many older people in accessing their pensions; those unable to regularly cross due to health or mobility issues could not access their pensions at all. In December 2018, the Supreme Court found residency verifications for pensioners to be unconstitutional. In May 2018, it found that requiring pensioners to register as displaced put additional burden on access to pensions.

Limited access to basic facilities and emergency medical help remained a problem at some crossing points. Between January and April 2019, at least 19 people, mostly older persons, died from health complications while crossing the line of contact.

In positive developments, in March authorities annulled expiration dates for electronic passes required to travel across the contact line. In August, authorities provided an electric cart to drive older people and people with disabilities crossing the pedestrian-only Stanytsia Luhanska checkpoint. In November, they completed much-needed repairs to the destroyed bridge at this crossing point, which will reduce some of the hazards of crossing.

In August, Russia-backed armed groups in Luhansk region sentenced student Sergei Rusinov to six years in jail for "terrorism" for his pro-Ukraine social media posts. In December 2019, pro-Ukraine journalists Stanyslav Aseev and Oleh Halaziuk, unlawfully held by armed groups in Donetsk since May 2017 and August 2017 respectively, were released to Ukraine as part of a prisoner exchange.

Rule of Law, Judicial Reform

Justice for crimes committed during the 2014 Maidan protests and violence in Odesa remained largely unaddressed. In August, the Prosecutor General's Office ordered the dissolution of units within its Special Investigative Department tasked with investigating Maidan-related abuses and, in November, transferred all ongoing cases to another investigative body, the State Bureau of Investigations. The move was done without a clear handover procedure, resulting in the effective suspension of all ongoing investigations. Activists and lawyers raised alarm about the possible collapse of all Maidan-related investigations and the loss of work that has already been done on those cases.

In June, Andrii Kozlov was dismissed from the High Qualification Commission of Judges, after he publicly criticized his colleagues' attempts to falsify the voting procedure to protect from dismissal a judge who was involved in persecuting Euromaidan activists.

In July, President Zelensky proposed expanding the lustration law to cover people who served in public office between February 23, 2014 and his inauguration. The current lustration law bans broad categories of people who worked in official positions under pre-2014 governments from holding certain government positions.

Two September developments marked significant progress towards fulfilling Zelensky's election promise to combat corruption: parliament voted to cancel immunity for lawmakers, and Ukraine's High Anti-Corruption Court finally became operational. In November, Zelensky signed a law on whistleblowers, providing protection and offering financial remuneration to those willing to report on corruption.

Freedom of Religion

In January, the head of the global Orthodox Church granted independence to the newly formed Orthodox Church of Ukraine, separating it completely from the Russian Orthodox Church. A number of congregations transitioned to the new church, sometimes accompanied by violence involving supporters of both churches and, in some cases, local authorities. In several reported cases involving intimidation and threats against members and clergy of the Ukrainian Orthodox Church, the police did not respond and in some cases, contributed to it. The Ukrainian Security Service (SBU) carried out dozens of raids at priests' residences and churches aligned with the Russian Orthodox Church.

In "separatist"-controlled areas, reported incidents of violence and intimidation against the Orthodox Church of Ukraine included searches of churches' premises and priests' homes and confiscation of property.

Freedom of Expression, Attacks on Journalists

Independent media remained under pressure. The Institute of Mass Information, a media watchdog, documented at least 11 cases of journalists beaten or injured and one killed, between January and July 2019. It also reported dozens of cases of journalists receiving threats and facing obstruction, in some cases by authorities, including damaged equipment and restricted access to officials and events.

In June, investigative journalist Vadym Komarov died from severe head injuries he sustained in a May attack by an unidentified assailant. In previous years he had been threatened and attacked. Investigators linked the attack to his journalism. The investigation was ongoing at time of writing.

In June, a court sentenced to prison five men who planned and carried out the 2018 acid attack on anti-corruption activist Kateryna Handziuk, who died from the *wounds she sustained*. At time of writing, the organizers who ordered the attack had yet to be indicted.

In August, a court released Russian journalist Kyrill Vyshinskiy, editor of a Russian state wire service, held since May 2018 on dubious treason charges, from pretrial custody. In September, Vishinsky went to Russia as part of the prisoner swap.

In August, a court upheld a defamation claim by Ukrainian far-right nationalist group, C14, against the independent internet television station Hromadske.TV after the outlet referred to C14 as a "neo-Nazi" group. In November, an appeal court upheld the decision.

In April, the Ukrainian parliament adopted a law requiring that Ukrainian language be used in most aspects of public life. The law raised concerns about sufficient guarantees for the protection and use of minority languages.

Crimea

Throughout the year, Russian authorities in occupied Crimea continued to harass Crimean Tatars, prosecuting dozens on trumped-up terrorism charges.

In March alone, Russian authorities arrested 24 men, most of whom were active in Crimean Solidarity, a legal and social support group for families of those arrested for political reasons. All were charged with association with Hizb ut-Tahrir, a pan-Islamist movement that is proscribed in Russia as a "terrorist" organization but is legal in Ukraine. None were accused in relation to any act of violence. Russian security agents tortured or ill-treated at least four. In June, authorities arrested eight men in Crimea on similar charges.

In June, the European Court of Human Rights ordered Russian authorities to immediately hospitalize Edem Bekirov, a gravely ill Crimean Tatar activist in pretrial detention since December 2018. Russia defied the request and released Bekirov only in August. In September, Bekirov returned to Kyiv as part of the prisoner exchange.

In December 2018, Russia's Justice Ministry requested that the Crimean Bar Association expel human rights lawyer Emil Kurbedinov because of his alleged involvement in "extremist activities." Earlier in December, Kurbedinov was sentenced to five days in jail for a 2013 social media post about a Hizb ut-Tahrir meeting in Crimea.

Hate Crimes

Members of groups advocating hate and discrimination continued putting ethnic minorities, lesbian, gay, bisexual, and transgender (LGBT) people and rights activists at risk. In some cases, law enforcement's efforts in countering such violence improved as compared to previous years and helped to prevent far-right attacks, including during public events. In others, police responses were largely ineffective.

Police successfully prevented violent attacks against participants in women's rights rallies held on March 8 in seven Ukrainian cities.

The Equality March, held in Kyiv in June, was Ukraine's largest-ever pride event, drawing 8,000 participants. It was mostly peaceful and well-protected by police.

In April, far-right activists in Kyiv disrupted the European Lesbian Conference by trying to break through security cordons and spraying tear gas.

In April, police in Dnipro raided a gay club, forcing customers to lay on the floor for hours, using homophobic slurs, and filming. Two people were injured.

Key International Actors

The Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) and the Council of Europe's Parliamentary Assembly (PACE) found the presidential election competitive and featuring a high turnout. Its observation mission noted that the campaign for July parliamentary elections respected fundamental freedoms but was marred by "widespread malpractice and the misuse of political finance."

At its annual Human Rights Dialogue, held in Kyiv in March, Ukraine and the European Union discussed ways to protect the rights of internally displaced persons (IDPs), including de-linking of pension payments from IDP status. Other topics included the rights of LGBT persons and ethnic, linguistic, religious, and national minorities, the need to investigate attacks against civil society and the media, as well as the need to take into account the Venice Commission opinion on the draft law on the use of state language.

At the EU-Ukraine summit in July, the EU condemned Russian measures entitling Ukrainian citizens of the areas under control of Russia-proxies to apply for Russian citizenship in a simplified manner. The EU leaders also agreed on the importance of accelerating Ukraine's reform efforts to combat corruption.

A resolution on Ukraine adopted at the 41st session of the United Nations Human Rights Council (HRC) recognized the need for ongoing reporting on human rights issues and invited the High Commissioner for Human Rights to continue to update the HRC. In its September report, the UN Office of the High Commissioner for Human Rights welcomed the decline in civilian casualties and called attention to the impact of the conflict on people living along both sides of the contact line and the lack of protection for media and civil society. The UN called on Ukraine to "reduce the impact on civilians" and to "prevent, stop and condemn all acts of violence" against media professionals and activists.

Following an April-May visit to Ukraine, the UN independent expert on protection against violence and discrimination based on sexual orientation and gender identity expressed concern over the use of violence and promotion of hatred against LGBT people by far-right groups.

The OSCE media freedom representative made several statements expressing concern about freedom of expression, condemning the killing of journalist Vadim Komarov and criticizing the court ruling fining Hromadske TV.

In June, the Joint Investigative Team, which has been carrying out the criminal inquiry into the downing of flight MH17 in July 2014, announced that the Public Prosecution Service of the Netherlands will prosecute four suspects for downing the plane. The trial will take place in the district court of the Hague in 2020.

In 2016, Ukraine's parliament amended article 124 of the constitution, removing a constitutional barrier to ratification of the Rome Statute as of June 2019.

Although Ukraine is not a member of the International Criminal Court (ICC), it accepted the court's jurisdiction over alleged crimes committed on its territory since November 2013. The ICC prosecutor's preliminary examination as to whether it should open an investigation into abuses committed during the armed conflict is merited remained ongoing.

Quelle: https://www.hrw.org/sites/default/files/world_report_download/hrw_world_report_2020.pdf

Stellungnahme von Reporter ohne Grenzen zum Gesetzesentwurf »Über Desinformation«

RSF warns against ineffective and counterproductive draft bill on disinformation

Representatives of the media sphere and civil society attended today an open discussion to weigh in on a draft bill tackling disinformation. Reporters Without Borders (RSF), concerned that the proposed legislation could prove detrimental to freedom of information, puts forward its recommendations for the Ukrainian government and legislators. Presented on 17 January by the Minister of Culture, Youth and Sports, Volodymyr Borodyansky, the draft bill on disinformation is meant to protect the information sphere in Ukraine, guarantee access to exact and balanced information, and increase media literacy. It is expected to reach parliament in March. Since the 130-page draft bill was first made public on 20 January, the measures have encountered wide criticism. In a statement published by the Institute for Mass Information, media professionals and NGOs called for the “dangerous” and “unacceptable” draft bill to be abandoned and for legislators to return to the stage of elaboration. They warn that it contains measures that would excessively control the media landscape and information exchange and place the working status of journalists in jeopardy. The issue of disinformation having an impact on the quality of information in Ukraine, RSF is aware of the need to regulate the information and communication space to ensure that every citizen has access to independent and reliable information. However, in its current form, the draft bill may prove ineffective or even counterproductive, and has the potential to seriously infringe upon freedom of opinion and expression and to undermine press freedom.

Urgent recommendations: Spreading disinformation online

The draft law introduces a criminal liability for spreading disinformation. RSF is concerned about the use of the term “disinformation”, which may place excessive pressure on journalists and infringe on their right to freedom of expression and information.

- RSF recommends reducing the scope of the bill so that legal responsibility may only apply in instances where it can be shown by a court of law that the information is deliberately false, that it aims to deceive or manipulate public opinion and that it is massively disseminated for that purpose.
- In any case RSF recommends removing any prison sentence for offences related to disinformation.

The draft law also provides that “information disseminators” (users of social networks who make their posts readable by everyone) are allowed to disseminate only reliable information and will have to verify the authenticity of the information beforehand. Such an obligation would make it possible to punish in court everyone who simply shares content considered as disinformation by the authorities.

- The right to freedom of expression does not depend on the accuracy or veracity of the speech expressed. Everyone has the right to express oneself freely. The obligation to disseminate reliable information and to verify the authenticity of the information are the deontological responsibilities of journalists, and not a legal obligation of citizens. No one should be punishable by law for disseminating false, inaccurate or misleading information unintentionally. RSF urges the Ukrainian government to delete the “information disseminators” category.

The creation of a new entity with unclear powers

The draft bill establishes a new body that will be responsible for both handling notifications of reported or flagged content and ensuring the removal of disinformation. RSF is concerned about the lack of information regarding the role and powers of this entity.

- RSF recommends the Ukrainian government to clarify the role of this newly created entity. A public entity should not be charged with telling true from false, right from wrong, and of taking decisions that may impact the right to freedom of expression without judicial overview.

This body would have the power to judge the veracity of content. As it currently stands, the proposal grants excessive discretionary powers of application to the authorities.

- This body should comply with standards of freedom of expression and opinion. As such, it should only delete content in accordance with the “three-part test” of Article 19 of the International Covenant on Civil and Political Rights.
- RSF urges the Ukrainian government to propose additional measures to ensure this body does not infringe on legitimate freedom of expression and opinion.
- Only a judge should be able to take decisions that infringe on the right to freedom of expression and information.

- Remedies should always be available to users in case of a decision of content removal or non-removal. Although this remedy could be only internal at the first stage, access to a judge should always be permitted as a last resort.

Algorithmic mechanisms

RSF would like to highlight the fact that this draft bill is treating not the cause of disinformation, but rather its symptoms. Indeed, RSF regrets that this bill does not aim to increase the transparency of algorithmic mechanisms—mechanisms aggregating, sorting and prioritizing information online—which enable disinformation campaigns to achieve greater visibility. It is these algorithmic mechanisms that give so much importance to the fake content, thanks to the mechanisms of virality that they confer to them.

- Rather than giving a special body the power to take decisions over all content, the bill should give platforms the obligation to actively fight against hateful content and content that is deliberately manipulative, under the control of this body. It should give platforms a series of obligations to fight against abusive content, to protect legitimate speech, as well as to ensure the transparency of their algorithmic mechanisms.
- The new entity created by the bill should be tasked with ensuring that platforms respect their obligations. It should have the power to fine them if they abusively restrict free speech or fail to abide by their transparency obligations.
- Platforms' transparency obligations regarding their algorithmic mechanisms should also be laid out in greater detail.

“Professional journalists”

The draft bill establishes the creation of a new body: the Association of Professional Journalists of Ukraine. This special entity, shaped by the State, is supposed to be independent and would be the only entity authorized to deliver press cards. Only journalists that are members of this association will have the status of “professional journalists”, others will be considered as “journalists”. Ordinary journalists will lose some of their professional protections, such as the ability to be accredited by governmental bodies, to enter and work in conflict zones, and their rights to criminal protections according to special articles of the Criminal code.

- The right to freedom of expression and information is a right of all citizens, which cannot be conditioned by a status. This proposal introduces the possibility of restricting the right to exercise the freedom to inform by setting very strict criteria for obtaining a press card.
- **RSF urges the Ukrainian government to reconsider this proposal and promote self-regulatory options.**

Trust index for media outlets

Finally, RSF is concerned about the creation of an index of trust granted to media outlets according to criteria approved by the State Commissioner. From the information RSF gathered, this index would rank media outlets based on their ability to comply with journalism ethics and standards, with the aim of assisting users in identifying credible sources of information. Though participation would be strictly voluntary, RSF is concerned that such an index could lead to a form of prior authorisation to speak out and disseminate news and information or to some form of censorship or arbitrary discrimination. Rather than ranking media outlets, RSF recommends that the Ukrainian government promote self-regulatory tools that favor compliance with professional norms and ethics. In that regard, RSF, in partnership with the European Broadcasting Union (EBU), the Global Editors Network (GEN) and Agence France Presse (AFP), launched the Journalism Trust Initiative. This standard features 18 clauses that range from ownership and sources of revenue to the editorial process, including topics such as correction policies, the labelling of opinion or sponsored content, and ensuring accuracy. Media outlets could conduct self-assessments and disclose the results voluntarily. Ukraine is ranked 102nd out of 180 countries in RSF's 2019 World Press Freedom Index.

Quelle: Reporter ohne Grenzen, 28.01.2020, <https://rsf.org/en/news/ukraine-rsf-warns-against-ineffective-and-counterproductive-draft-bill-disinformation>.

10. Dezember 2019 – 24. Januar 2020

10.12.2019	Das Staatliche Ermittlungsbüro eröffnet ein Strafverfahren wegen »Verrats« gegen Ex-Präsident Petro Poroschenko. Er wird beschuldigt, das Minsk-II-Abkommen unterzeichnet zu haben, das den Interessen der Ukraine entgegenstehe.
11.12.2019	Maksym Nefjodow, der neue Leiter der Staatlichen Zollbehörde, gibt auf einer Veranstaltung mit Diplomaten und internationalen Geschäftsleuten bekannt, dass er im Rahmen der Reform des Zollwesens in den letzten Monaten 80 Prozent seiner Mitarbeiter in Kiew und 40 Prozent an den Grenzen entlassen habe. Laut Nefjodow entgehen dem Staat durch Korruption beim Zoll jährlich zwischen 4–8 Milliarden US-Dollar. Durch die Zollreform soll die Korruption in der Behörde gesenkt werden.
12.12.2019	Innenminister Arsen Awakow erklärt, dass drei Frauen und zwei Männer festgenommen wurden, die in die Ermordung des Journalisten Pawel Scheremet verwickelt sein sollen. Scheremet starb 2016 durch eine Autobombe im Zentrum Kiews. Die genauen Motive für den Mord sowie die Drahtzieher sind weiterhin unbekannt.
12.12.2019	Das ukrainische Parlament stimmt für die Verlängerung des »Sonderstatus-Gesetzes« bis Ende 2020. Das Gesetz ist eine Bedingung des Minsk-II Abkommens und garantiert den derzeit von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbas ein Recht auf Selbstverwaltung, wenn zuvor – nach ukrainischem Recht und demokratischen Standards – freie und faire Kommunalwahlen abgehalten werden und alle Waffen und bewaffneten Gruppierungen abgezogen wurden.
12.12.2019	Die EU beschließt, die 2014 im Rahmen der Krim-Annexion und der Kämpfe im Donbas verhängten Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate bis Ende Juli 2020 zu verlängern.
13.12.2019	Die Ukraine, Georgien, Aserbaidschan und Moldawien unterzeichnen in Kiew ein Abkommen zur Bildung einer gemeinsamen Wirtschaftszone und zur Vertiefung eines bestehenden Freihandelsabkommens. Ziel des Abkommens sei vor allem der Ausbau der Beziehungen in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Energie und Tourismus.
16.12.2019	Eine Kommission aus ukrainischen und internationalen Experten wählt Oleksandr Nowikow einstimmig zum neuen Leiter der Nationalen Agentur für Korruptionsprävention. Nowikow, der seit 2007 in verschiedenen Positionen für die Staatsanwaltschaft arbeitet, soll die Agentur reformieren. Sie ist unter anderem zuständig für die Überprüfung der elektronischen Vermögensdeklarationen, kommt Kritikern zufolge ihren Aufgaben jedoch nur unzureichend nach.
18.12.2019	Laut Recherchen der KyivPost hat der frühere Präsident Petro Poroschenko in seiner Amtszeit zwischen 2014–2019 diverse Medien, populäre Blogger und Analysten bezahlt, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. So sollen unter anderem im Zuge der Kommunalwahlen 2015 sieben Radiosender etwa eine Million US-Dollar von der Präsidentschaft für positive Berichterstattung über Poroschenko und seine Partei erhalten haben.
19.12.2019	In Berlin wird im Rahmen der trilateralen Gespräche zwischen der EU, Russland und der Ukraine eine vorläufige Einigung über einen neuen Gastransitvertrag erzielt, der bis zum Jahresende unterzeichnet werden soll.
19.12.2019	Die Werchowna Rada verabschiedet ein neues Wahlgesetz. Zukünftig wird in der Ukraine nach einem Verhältniswahlrecht und mit offenen Parteilisten gewählt. Damit kommt das Parlament einer Forderung der ukrainischen Zivilgesellschaft und der internationalen Gemeinschaft nach. Das neue Gesetz tritt zum 1. Januar 2020 in Kraft und wird erstmals bei den Kommunalwahlen im Herbst 2020 angewandt.
19.12.2019	Die staatliche »PrivatBank« reicht in Tel-Aviv eine Klage gegen die israelische »Discountbank« ein, die beschuldigt wird, den früheren Eigentümern der »PrivatBank«, den ukrainischen Oligarchen Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow, bei der Unterschlagung von mindestens 600 Millionen US-Dollar geholfen zu haben. Den Ex-Eigentümern wird vorgeworfen, insgesamt mehr als 5,5 Milliarden US-Dollar aus der »PrivatBank« illegal entwendet und ins Ausland geschafft zu haben, woraufhin die größte Bank des Landes 2016 verstaatlicht werden musste. Zuvor reichte die »PrivatBank« bereits Klagen in Großbritannien, den USA und Zypern gegen die ehemaligen Eigentümer ein.
20.12.2019	Auf Anweisung von Innenminister Arsen Awakow und in Übereinstimmung mit einem Regierungsbeschluss schließt die Polizei in einer groß angelegten Spezialoperation mehr als 5.300 illegale Glücksspieleinrichtungen im ganzen Land. Die Regierung plant, das Glückspiel zukünftig stärker zu regulieren und einzuschränken.

20.12.2019	Laut dem Wirtschaftsnachrichtenportal »Bloomberg« ist die Hrywnja die Währung des Jahres 2019. Im vergangenen Jahr wuchs die Hrywnja im Vergleich zum US-Dollar um 19 Prozent und damit so stark wie keine andere Währung. Der russische Rubel folgt mit einem Plus von 12 Prozent gegenüber dem US-Dollar auf Rang zwei.
20.12.2019	Die Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet, dass sich Russland im Zuge der Verhandlungen über den Gastransit bereit zeigt, die Strafzahlung in Höhe von etwa drei Milliarden US-Dollar, die vom Stockholmer Schiedsgericht gegen den russischen Gaskonzern »Gazprom« verhängt wurde, zu bezahlen. Zuvor wies Russland die Forderung stets zurück.
21.12.2019	US-Präsident Donald Trump unterzeichnet den jährlichen US-Verteidigungshaushalt. Damit gibt er 300 Millionen US-Dollar an Militärhilfen für die Ukraine frei, die er zuvor zurückgehalten haben soll, infolge dessen es zur sog. »Ukraine-Affäre« kam. Mit der Unterzeichnung treten außerdem neue Sanktionen in Kraft, die Firmen, die am Bau der »Nord Stream 2«-Pipeline in der Ostsee beteiligt sind, sanktionieren.
21.12.2019	Wegen der neuen US-Sanktionen stoppt das Schweizer Unternehmen »Allseas« den Bau der Gaspipeline »Nord Stream 2«. Damit verzögert sich die Fertigstellung der Pipeline, deren Inbetriebnahme ursprünglich für den 1. Januar 2020 vorgesehen war.
23.12.2019	Die Ukraine und Russland einigen sich im Rahmen der Trilateralen Kontaktgruppe auf einen weiteren Gefangenen austausch bis Jahresende.
23.12.2019	Die Onlinezeitung »Ukrainska Prawda« berichtet, dass im Jahr 2019 insgesamt 110 Soldaten, darunter drei Frauen, bei den Kämpfen in der Ostukraine gefallen sind.
23.12.2019	In einer Umfrage der »Rating-Gruppe« wird Wolodymyr Selenskyj mit großem Abstand zum »Politiker des Jahres« gewählt. Das »Ereignis des Jahres« wird mit 48 Prozent die Freilassung der ukrainischen Seeleute und weiterer politischer Gefangener, noch vor der Präsidentschaftswahl, die mit 44 Prozent auf Platz zwei kommt.
25.12.2019	Nachdem wenige Tage zuvor die sog. »Krim-Brücke«, die das russische Festland mit der von Russland annektierten Halbinsel Krim verbindet, offiziell fertiggestellt wurde, trifft der erste Zug aus Russland in Sewastopol auf der Krim ein. Für den Autoverkehr wurde die Brücke bereits im Mai 2019 geöffnet.
26.12.2019	Einer repräsentativen Umfrage des Razumkow-Zentrums und der Democratic Initiatives Foundation zufolge blicken die Ukrainer so optimistisch wie lange nicht mehr in die Zukunft: 44 Prozent der Befragten finden, dass das Land sich in die richtige Richtung entwickle – ein Jahr zuvor waren es nur 18 Prozent. 38 Prozent gehen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation des Landes weiter verbessern werde.
27.12.2019	Der Direktor des staatlichen Energiekonzerns »Naftohas«, Jurij Witrenko, teilt auf seiner Facebook-Seite mit, dass sein Unternehmen eine Kompensationszahlung in Höhe von 2,9 Milliarden US-Dollar vom russischen Energiekonzern »Gazprom« erhalten habe. Damit ist der Weg frei für den Abschluss eines neuen Gastransitvertrages zwischen der Ukraine und Russland.
29.12.2019	Zwischen der Ukraine und den von Russland unterstützten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk findet ein Gefangenen austausch statt. Die Ukraine lässt 141 Gefangene frei (davon kehren allerdings nur 127 in die besetzten Gebiete zurück, die restlichen 14 bleiben in der Ukraine), während die »Volksrepubliken« 81 Menschen freilassen (von denen 76 in die Ukraine zurückkehren. In der Ukraine stößt der Gefangenen austausch auf ein geteiltes Echo, da unter den Freigelassenen auch fünf Mitglieder der Sondereinheit »Berkut« sind, die beschuldigt werden, während der Proteste auf dem Maidan 2014 insgesamt 48 Menschen erschossen und 80 weitere verletzt zu haben. Durch die Auslieferung wird ein Prozess gegen die Verdächtigen praktisch unmöglich. Die Vertreterin der Ukraine für humanitäre Fragen in der Trilateralen Kontaktgruppe, Walerija Lutkowska, schätzt, dass weiterhin rund 300 Ukrainer in den »Volksrepubliken« inhaftiert sind.

30.12.2019	Premierminister Olexij Hontscharuk teilt mit, dass die Ukraine und Russland einen neuen Gastransitvertrag über fünf Jahre unterzeichnet haben, der theoretisch zu gleichen Konditionen um zehn weitere Jahre verlängert werden könne. Für 2020 wird eine Mindesttransitmenge von 65 Milliarden Kubikmetern Gas vereinbart, die von Russland über die Ukraine nach Europa fließen soll, ab 2021 dann jährlich mindestens 40 Milliarden Kubikmeter. Das garantiert der Ukraine in den nächsten fünf Jahren Einnahmen von mindestens 7,2 Mrd. US-Dollar. Der bisherige Gastransitvertrag, der 2009 geschlossen wurde, läuft zum 1. Januar 2020 aus.
01.01.2020	Zum 1. Januar treten in der Ukraine mehrere neue Gesetze in Kraft. So werden z. B. Whistleblower besser geschützt und können nun bis zu 10 Prozent der durch Korruption entstandenen Schadenssumme erhalten. Weiterhin wird die Abgeordnetenimmunität aufgehoben, was es Strafverfolgungsbehörden einfacher macht, gegen Abgeordnete vorzugehen, denen Straftaten vorgeworfen werden. Auch das neue Wahlgesetz mit offenen Listen und einem Verhältniswahlrecht tritt in Kraft. Aus der Generalstaatsanwaltschaft, der in den letzten Jahren immer wieder Korruption vorgeworfen wurde, und die aktuell reformiert wird, wird das »Büro des Generalstaatsanwalts«.
01.01.2020	Der Leiter des staatlichen Energieunternehmens Naftohas, Andrij Kobljewa, teilt mit, dass das »Unbündling«, also die Trennung der Gasproduktion vom Gasverteilungsnetz, abgeschlossen sei. Naftohas und der neue Netzbetreiber »GTS Ukraine« seien nun getrennte Unternehmen, die unabhängig voneinander arbeiten. Damit erfüllt die Ukraine eine zentrale Richtlinie des sog. »Dritten Energiepakets« der EU, die Trennung des Netzbetriebs von Versorgung und Erzeugung, und passt ihren Gasmarkt an europäische Standards an.
01.01.2020	In der Kiewer Innenstadt nehmen laut Angaben der Veranstalter tausende Nationalisten an einem Fackelmarsch teil. Anlass ist der Geburtstag des Nationalistenführers Stepan Bandera heute vor 111 Jahren. Die Polizei spricht von etwa Eintausend Teilnehmern und ist mit 250 Polizisten präsent, um Ausschreitungen zu verhindern.
03.01.2020	Das Ministerium für Kultur, Jugend und Sport teilt mit, dass am 15. Februar ein neuer Sender seine Arbeit aufnehmen werde, der gezielt in den »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk ausgestrahlt werden soll und die dortige Bevölkerung mit von russischen Medien unabhängigen Informationen versorgen soll.
03.01.2020	Der ukrainische Mindestlohn ist, umgerechnet in US-Dollar, erstmals höher als der in den Nachbarländern Russland und Belarus. Beträgt der monatliche Mindestlohn in der Ukraine umgerechnet aktuell 199 US-Dollar, liegt dieser in Russland bei 195 und in Belarus bei 177 US-Dollar. Hintergrund ist vor allem der starke Hrywnja-Kurs, der im vergangenen Jahr rund 15 Prozent gegenüber dem US-Dollar gestiegen ist. Die Durchschnittslöhne in der Ukraine sind im vergangenen Jahr um etwa 10 Prozent gestiegen.
03.01.2020	Laut dem Zentralen Geophysikalischen Observatorium war 2019 das wärmste Jahr in der Ukraine seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Gleichzeitig lag die Niederschlagsmenge rund 25 Prozent unter dem jährlichen Durchschnitt, was sich negativ auf den Agrarsektor auswirkt, der wiederum zentral für die Exportwirtschaft des Landes ist.
08.01.2020	Die Nationalbank der Ukraine berichtet, dass die internationalen Reserven des Landes mit 25,3 Mrd. US-Dollar den höchsten Stand seit sieben Jahren erreicht haben. Im vergangenen Jahr konnte die Nationalbank die Reserven um 22 Prozent bzw. 4,5 Mrd. US-Dollar steigern. Die aktuellen Reserven reichen, um die Importe für knapp vier Monate zu decken.
08.01.2020	Nah der iranischen Hauptstadt Teheran stürzt wenige Minuten nach dem Start ein Flugzeug der Ukraine International Airlines mit 176 Menschen an Bord ab. Alle Insassen von Flug PS752 kommen ums Leben. Zunächst sprechen die iranischen Behörden von technischen Problemen, doch nach großem internationalen Druck gesteht der Iran, das Passagierflugzeug mit Flugabwehrraketen abgeschossen zu haben. Vorausgegangen war ein Konflikt zwischen dem Iran und den USA, bei dem die USA einen hochrangigen iranischen General mit einer Drohne getötet haben, woraufhin der Iran wenige Stunden vor dem Flugzeugabschuss Raketen auf US-Stützpunkte im Irak abgefeuert hatte. Das Flugzeug sei laut iranischen Angaben versehentlich abgeschossen worden, da es für einen amerikanischen Gegenangriff gehalten wurde.
10.01.2020	Laut dem Staatlichen Statistikdienst ist die Verbraucherinflation 2019 deutlich von 9,8 Prozent (2018) auf 4,1 Prozent gesunken. Damit hat die Zentralbank ihr Ziel erreicht, die Inflation unter fünf Prozent zu drücken. Als Hauptursache gelten die strikte Fiskalpolitik der Zentralbank sowie die starke Hrywnja, die 2019 gegenüber anderen Währungen kräftig zulegte.

10.01.2020	Die EU-Kommission gibt neue Zahlen zum EU-Außenhandel bekannt, denen zufolge die Ukraine zum drittgrößten Exporteur von Agrarprodukten in die EU aufgestiegen ist. Die Importe aus der Ukraine in die EU stiegen zwischen November 2018 und Oktober 2019 um 41 Prozent und damit so stark wie aus keinem anderen Land. Das Gesamtvolumen der ukrainischen Agrarexporte in die EU betrug in diesem Zeitraum 7,3 Mrd. Euro.
13.01.2020	Von heute an werden alle Überweisungen in der Ukraine nur noch per International Bank Account Number, kurz IBAN, ausgeführt. Damit übernimmt die Ukraine den europäischen Standard bei Banktransaktionen, der inzwischen von 76 Ländern weltweit genutzt wird.
16.01.2020	Die Werchowna Rada beschließt, dass die Ukraine wieder in die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) zurückkehren soll. Die ukrainische Delegation war am 25. Juni 2019 zurückgetreten, nachdem die PACE entschied, Russland das Stimmrecht zurückzugeben. Dieses war Russland 2014 im Zuge der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim entzogen worden.
16.01.2020	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) gibt bekannt, 2019 in insgesamt 51 Projekten mehr als 1,1 Mrd. US-Dollar in der Ukraine investiert zu haben. Vor allem im Energiesektor und im öffentlichen Sektor unterstützte die EBRD die Ukraine, so der für Osteuropa zuständige Bereichsleiter der Bank, Matteo Patrone.
17.01.2020	Der ukrainische Premierminister Olexij Hontscharuk reicht bei Präsident Selenskyj ein Rücktrittsgesuch ein, nachdem Tonaufnahmen publik werden, in denen Hontscharuk dem Präsidenten mangelnde ökonomische Kenntnisse vorwirft. Selenskyj, der laut Verfassung keine Befugnis hat, den Premier zu entlassen – dieses Recht obliegt dem Parlament – lehnt das Rücktrittsgesuch ab und fordert stattdessen eine Untersuchung, wie der Mitschnitt entstand und an die Öffentlichkeit gelang.
17.01.2020	Der KyivPost zufolge wurden seit dem Beginn der Reform der Generalstaatsanwaltschaft im Herbst 2019 1.339 Staatsanwälte (55,5 Prozent) entlassen, da sie die für alle Mitarbeiter obligatorische Überprüfung nicht bestanden haben.
19.01.2020	Die ukrainische Regierung veröffentlicht Zahlen zu den offiziellen Bezügen der Minister. Während einige Minister wie der Minister für Kultur, Jugend und Sport, Wolodymyr Borodjanskyj, weniger als 400 Euro pro Monat verdienen, kommt der Spitzenreiter, Innenminister Arsen Awakow, auf etwa das zehnfache. Premierminister Hontscharuk, dessen Gehalt unter 3.000 Euro pro Monat liegt, kündigt in dem Zusammenhang eine Gehaltsreform an, um Korruptionsanreize aufgrund der teils niedrigen Gehälter zu minimieren.
19.01.2020	268 Abgeordnete der Werchowna Rada aus allen Fraktionen außer »Holos« gründen ein interfraktionelles, konservatives Bündnis unter dem Namen »Werte. Würde. Familie«. Die Parlamentarier wollen traditionelle Familienwerte stärken und entsprechende Gesetzesvorlagen ausarbeiten.
20.01.2020	Ein Entwurf für das neue Gesetz zur »Desinformation« wird bekannt. Ukrainische und internationale Organisationen kritisieren den Entwurf als »gefährlich« und »inakzeptabel«, da dieser Maßnahmen enthalte, die die Medien unter starke staatliche Kontrolle stelle und die Arbeit von Journalisten gefährde.
21.01.2020	Bei der Vorstellung des Konzepts »Ukraine Green Deal« kündigt Energieminister Olexij Orschel an, dass die Ukraine bis 2050 den Energieverbrauch zu 70 Prozent aus erneuerbaren Energien decken werde. Zweitwichtigster Energieträger soll die Atomkraft werden, während auf Kohle verzichtet werden soll.
22.01.2020	Im Democracy Index der Zeitschrift »The Economist« steigt die Ukraine im Vergleich zum Vorjahr um sechs Plätze und belegt mit 5,9 Punkten (von 10 möglichen) Rang 78 von 167 Ländern. Damit zählt die Ukraine laut dem Index weiterhin zu den »hybriden Regimen« und verpasst die Kategorisierung als »defekte Demokratie« (ab 6 Punkte aufwärts) nur knapp. Russland belegt mit 3,1 Punkten Rang 134.
22.01.2020	Die Menschenrechtsorganisation »Ressourcenzentrum der Krimtataren« berichtet, dass es 2019 auf der von Russland völkerrechtswidrig annektierten Krim 335 politisch motivierte Inhaftierungen, 157 Festnahmen und 86 Durchsuchungen gab.
22.01.2020	Wolodymyr Selenskyj tritt beim 20. Weltwirtschaftsgipfel in Davos auf und bewirbt die Ukraine als attraktiven Standort für Investoren. Er kündigt die Privatisierung von 500 Staatsbetrieben an und sichert potenziellen internationalen Bietern Steuererleichterungen und staatliche Unterstützungen zu. Am Rande des Gipfels trifft Selenskyj die Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa, und bekräftigt die konstruktive Zusammenarbeit mit dem IWF.

23.01.2020	Im Korruptionswahrnehmungsindex 2019 (CPI) von Transparency International schneidet die Ukraine mit 30 Punkten leicht schwächer ab als im Vorjahr (32 Punkte) und belegt damit international Platz 126 (von 180 untersuchten Staaten).
23.01.2020	Kabinettsminister Dmytro Dubilet teilt mit, dass in der Ukraine einer neuen Schätzung zufolge aktuell rund 37,3 Millionen Menschen leben. Das sind ca. 24 Prozent weniger, als bei der letzten offiziellen Volkszählung von 2001, als 48,9 Millionen Menschen in der Ukraine lebten. Den hohen Rückgang führt Dubilet zurück auf Bevölkerungsverluste im Zuge der Krim-Annexion und des Krieges im Donbas, eine niedrige Geburtenrate, die unter der Sterberate liegt, sowie auf die anhaltend hohe (Arbeits-) Emigration. Ende 2020 plant die Regierung eine offizielle Volkszählung, um genaue Zahlen zu ermitteln.
23.01.2020	Die staatliche ukrainische Eisenbahngesellschaft Ukrsalisnyzja und die Deutsche Bahn (DB) geben bekannt, in den kommenden Jahren enger zusammenarbeiten zu wollen. So soll die DB die Reform der Unternehmensführung bei Ukrsalisnyzja voranbringen und laut dem ukrainische Premierminister Olexij Hontscharuk bei der Bekämpfung der Korruption helfen. Nähere Details zur Kooperation sollen im Februar bekannt gegeben werden.
24.01.2020	Am Abend wird Olexij Lewin, einer der Hauptverdächtigen im Mordfall Handsjuk, in Bulgarien von bulgarischen Strafverfolgungsbehörden gemeinsam mit ukrainischen Kollegen verhaftet. Die Antikorruptionsaktivistin Kateryna Handsjuk starb im November 2018 an den Folgen eines Säureangriffs. Levin gilt als wichtiger Mittelsmann zwischen den Drahtziehern des Mordes und den Attentätern, die er am Vorabend des Angriffs auf Handsjuk getroffen haben soll, und wird von den ukrainischen Strafverfolgungsbehörden seit Dezember 2018 per Haftbefehl gesucht. Die ukrainischen Behörden streben seine Auslieferung in die Ukraine an.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2020 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>